

## Pressematerial Sozialreport 50+

Daten und Fakten zur sozialen Lage  
von Bürgern ab 50 Jahre  
in den neuen Bundesländern

Pressekonferenz der Volkssolidarität  
Bundesverband e.V.  
20.01.2010

Der Sozialreport 50plus 2009 informiert, beruhend auf der zwanzigsten Welle der empirischen Untersuchung „Leben in den neuen Bundesländern“, sowohl über objektive und subjektive Veränderungen seit 1990 als auch über aktuelle Situationen und soziale Trends.

In der Darstellung werden die Meinungen der älteren Ostdeutschen über eine Vielzahl sozialer Bereiche, mit ihren Gewinnen und Verlusten, Defiziten und Fortschritten (u.a. Teilhabe am Erwerbsleben, Familienalltag, Wohnen, Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit) verallgemeinernd zusammengefasst.

Die im Sozialreport 50plus 2009 vorgestellten Ergebnisse der Untersuchung „Leben in den neuen Bundesländern“ basieren auf den Aussagen von insgesamt 1.240 Bürgerinnen und Bürgern ab dem 50. Lebensjahr, darunter ein Drittel (426 Befragte) im Alter zwischen 50 und 59 Jahren. Befragungszeitraum war März/April 2009. Die Befragung erfolgte postalisch nach bekannten Kriterien für Bevölkerungsbefragungen (random-walk-Verfahren).

In Bezug auf die Veränderungen, die sich im Alter in den neuen Bundesländern vollziehen, verlaufen zwei miteinander verbundene Prozesse: Einerseits die allgemeingültigen Veränderungen in den Strukturen des Alterns, wie die Erhöhung der Lebenserwartung, steigende Qualifikationen, veränderte Bedürfnisstrukturen aufgrund erreichter Bedarfsbefriedigung usw., die sich in Ost wie West vollziehen. Andererseits die spezifischen sozialisations- und vereinigungsbedingten Prozesse der Angleichung von Lebensverhältnissen ebenso wie der Stabilisierung vorhandener Unterschiede und Ungleichheiten sowie Erhalt kultureller Vielfalt.



S. 20ff

Die Bürger ab dem 50. Lebensjahr aus den neuen Bundesländern sind mit ihrem Leben insgesamt mehrheitlich **zufrieden** (48 %) - 14 % sind unzufrieden. Unzufriedenheitspotenziale liegen insbesondere bei Arbeitslosen sowie 50- bis 59-Jährigen.

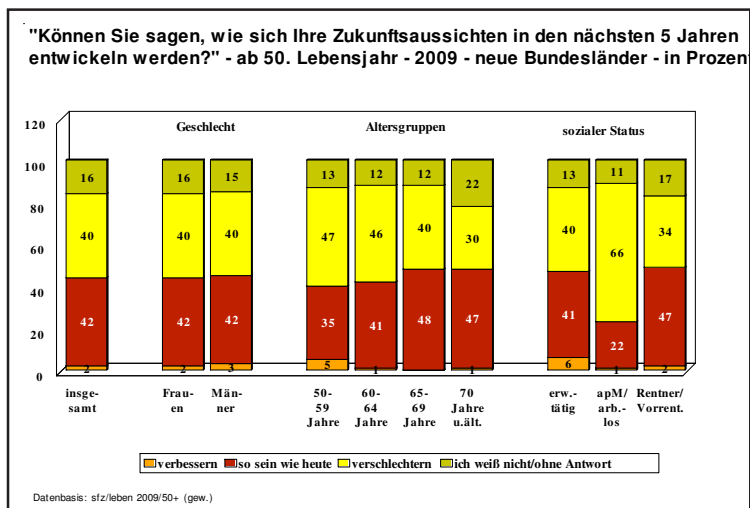
Die Zufriedenheit ist in den Bereichen Wohnen, Partnerschaft und Freizeit am höchsten - Unzufriedenheit besteht hinsichtlich der Demokratie- und Einkommensentwicklung, des persönlichen politischen Einflusses, der wirtschaftlichen Situation im Lande sowie sozialer Gerechtigkeit.

Von den ab 50-jährigen Bürgern der neuen Bundesländer gehen nur 2 % davon aus, dass sich ihre **Zukunftsaussichten** verbessern, 40 % sehen eher Verschlechterungen, für 42 % wird es in fünf Jahren so sein wie heute. Auch hier sind Arbeitslose und 50- bis 60-Jährige am wenigsten zuversichtlich.

S. 23f

Die **Erwartungen** auf Verbesserungen sind über das Spektrum der Lebensbereiche insgesamt gering ausgeprägt; am höchsten bei familiären Lebens-

verhältnissen (Wohnen/Kinder). Über die Hälfte der befragten Bürger erwartet Verschlechterungen in Bezug auf soziale Gerechtigkeit, die Einkommensentwicklung, Arbeit und finanzielle Absicherung im Alter.



Die Bewertung der individuellen **wirtschaftlichen Lage** wird durch eine starke Polarisierung charakterisiert. Rd. 34 % bewerten sie mit gut, 20 % mit schlecht. Arbeitslose geben zu 62 % schlecht/sehr schlecht an, ab 70-Jährige zu 44 % sehr gut/gut.

S. 28f

Insgesamt 34 % der Bürger ab 50 Jahre aus den neuen Bundesländern geben an, mit ihrem Einkommen ihre **Bedürfnisse** befriedigen zu können, 38 % zum Teil mit Einschränkungen und von 25 % wird es als zu knapp bewertet. Insbesondere Arbeitslose und 50- bis 60-Jährige heben dies hervor.



Entsprechend OECD-Werten leben 2009 in den neuen Bundesländern 14 % der Bürger ab dem 50. Lebensjahr in **Armut**, davon 5 % in „strenger Armut“ (40 % des Mittelwertes), 8 % innerhalb der Armutsgrenze (50 %) und 14 % innerhalb der Armutsrisikoschwelle (60 %). Über das doppelte mittlere Einkommen verfügen 5 % der Bürger. Innerhalb der Armutsrisikoschwelle leben 21 % der Bürger zwischen 50 und 60 Jahren, in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Tätige/Arbeitslose zu 60 %.

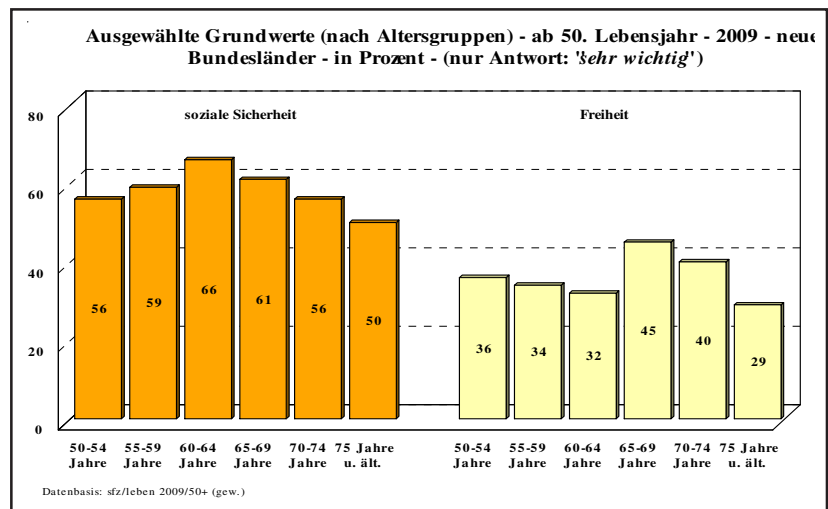
S. 33ff Armut ist auch in den neuen Bundesländern bildungsabhängig. So leben innerhalb der Armutsrisikoschwelle 25 % der Bürger ohne beruflichen Abschluss. Hochschulabsolventen haben mit 18 % den höchsten „Reichen“-Anteil. Das Armutsrisiko ist hinsichtlich des Familienstatus bei Geschiedenen (26 %) - insbesondere Frauen (29 %) - überdurchschnittlich hoch.

Armut wird keineswegs auf „fehlendes Einkommen“ begrenzt, sondern von 77 % der älteren Bürger wesentlich weiter gefasst. So wird aus Sicht der Bürger Verzicht auf Gesundheitsleistungen von 57 % zur Armut gerechnet, begrenzte Teilnahme am kulturellen Leben von 52 % sowie Ausschluss von gesellschaftlicher Mitwirkung (38 %).



In Armut lebende Bürger sparen vor allem an Kultur (z.B. Theaterbesuche - 46 %), Bekleidung (27 %) und gesundheitlicher Betreuung (Medikamentenkauf - 17 %). 12 % vermeiden Arztbesuche.

Armut begrenzt auch soziale Kontakte und Kommunikation. Nach eigenen Angaben derer, die von Armut betroffen sind, werden gemeinsamen Unternehmungen mit Freunden/Bekanntem seltener (53 %), ebenso wie familiäre Zusammenkünfte (47 %). Geschenke werden weniger oder fallen geringer aus (47 %). Ein Drittel schränkt sich beim Telefonieren ein.



Die ab 50-jährigen Bürger aus den neuen Bundesländern halten vor allem **soziale Sicherheit, Freiheit und Gerechtigkeit** in ihrem Leben für sehr wichtig. Solidarität und Gleichheit nehmen einen nachrangigen Stellenwert ein. 58 % der Befragten halten soziale Sicherheit für sehr wichtig bzw. wichtig (14 %); Gerechtigkeit ist für 44 % sehr wichtig; Freiheit heben 36 % für sich als sehr wichtig hervor.

S. 45f Die älteren Bürger messen damit der sozialen Sicherheit in allen Altersgruppen ab 50 Jahre den vordersten Rang bei (ohne Zweifel auch Auswirkungen der Verunsicherung durch die Wirtschaftskrise), Gerechtigkeit und Freiheit folgen. Charakteristisch ist zugleich eine altersdifferenzierte Bewertung. Während soziale Sicherheit zwischen dem 55. und 70. Lebensjahr einen besonderen Stellenwert hat, wird Freiheit generell in diesen Altersgruppen (im Vergleich zu 18- bis 50-Jährigen) eine geringere Bedeutung zugemessen.

Wenn Bürger ab dem 50. Lebensjahr insgesamt die Gerechtigkeit hoch bewerten, dann reflektiert das in besonderem Maße eine zu Recht zum Teil als ungerecht empfundene Ungleichheit zwischen Ost und West als bestimmenden Faktor.



Die ab 50-jährigen Bürger aus den neuen Bundesländern sehen den **Stand der deutschen Einheit** eher kritisch als positiv. 52 % sehen noch große Unterschiede, nur für 13 % existieren keine bzw. geringe Unterschiede. Die Erwartungen von 1989/1990 wurden mehrheitlich erfüllt bzw. übererfüllt - insbesondere bei den Konsummöglichkeiten, Reisen und Freiheitsbedingungen, weniger im Einkommen und der Angleichung der Lebensverhältnisse.

S. 47ff

An die Angleichung der Einkommensverhältnisse der neuen Bundesländer an Westdeutschland in den nächsten 15 Jahren glaubt nur noch ein Viertel der älteren Bürger (26 %). Die Hälfte geht nicht davon aus, dass es schneller bzw. überhaupt noch passieren wird. Vor allem Erwerbstätige und Arbeitslose äußern Zweifel (rd. 2/3).

S. 29

20 Jahre nach der friedlichen Revolution sieht über ein Drittel (37 %) der Bürger ab dem 50. Lebensjahr die Einheit für sich als Gewinn, ein Drittel (35 %) sieht für sich Gewinne und Verluste in gleichem Maße, ebenso wie sich für ein Viertel der Bürger die Einheit mit Verlusten verbindet. Insgesamt bestätigt sich erneut, dass es weder „die“ Gewinner noch „die“ Verlierer gibt.

Der Identifikationsprozess der Bürger ist noch nicht abgeschlossen. 11 % der Befragten ab 50 Jahre fühlen sich 2009 als „richtige Bürger der Bundesrepublik“. Eine Mehrheit gibt an (68 %), sich weder bereits als richtiger Bundesbürger zu fühlen noch die DDR wiederhaben zu wollen. „Nur noch“ 9 % - insbesondere Arbeitslose - möchten am liebsten die DDR wiederhaben.



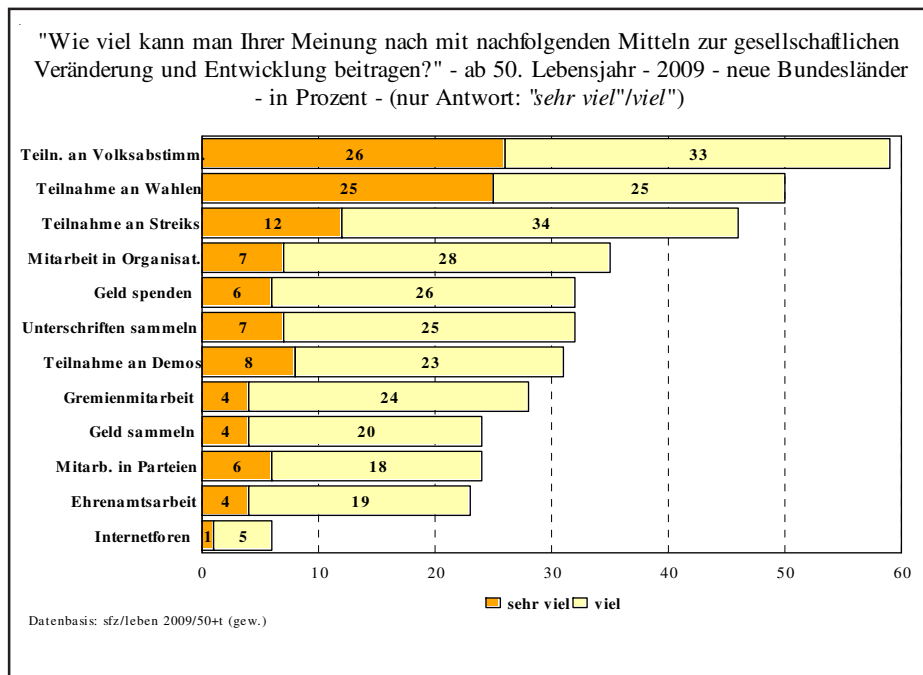
Das politische Interesse der Bürger ab 50 Jahre ist insgesamt hoch. Von den Befragten geben 41 % an, sich sehr stark/stark für Politik zu interessieren, 37 % nur in mittlerem Maße, 16 % wenig bzw. 6 % gar nicht. Die Positionen sind relativ übereinstimmend, unabhängig von Alter, Geschlecht und sozialem Status.

S. 53ff

Es gibt bei den älteren Bürgern aus den neuen Bundesländern eine hohe Zustimmung zur Demokratie. Sie wird von 71 % für sehr wichtig/wichtig gehalten. Diesem Stellenwert von Demokratie entspricht nicht das erreichte Maß an Zufriedenheit mit der praktizierten Demokratie - nur 10 % sind sehr zufrieden/zufrieden und nur 8 % der Bürger erwarten Verbesserungen.

Die älteren Bürger messen für die weitere demokratische Entwicklung den sogenannte plebiszitären Elementen ein deutlich höheres Gewicht als der repräsentativen Demokratie bei. Bürgerabstimmungen bei Sachentscheidungen haben für 60 % der Bürger deutlicheren Vorrang als alle vier bis fünf Jahre stattfindende Wahlen auf den unterschiedlichsten Ebenen (28 %).

Die Wirksamkeit aktiven eigenen Handelns konzentriert sich auf: Aktivitäten mit breiter Beteiligung (Volksabstimmungen 59 %/Wahlen 50 %/Streiks 46 %) und Mitarbeit in demokratischen Organisationen (35 %) und Institutionen (28 %). Der Umgang mit neuen Medien (Internetforen) ist sicher nicht nur weniger vertraut, sondern in seiner Wirksamkeit bisher für die Bürger - insbesondere ältere - nicht spürbar geworden.



**Rückfragen richten Sie bitte an:**

Volkssolidarität Bundesverband e.V.  
 Bundesgeschäftsstelle  
 Tilo Gräser  
 Pressesprecher  
 Alte Schönhauser Straße 16  
 10119 Berlin  
 Tel.: 030 27897-121

Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum  
 Berlin-Brandenburg e.V.  
 Dr. Reinhard Liebscher  
 Geschäftsführer  
 Köpenicker Straße 125  
 10179 Berlin  
 Tel. 030 28305560 oder 0178 6737794